

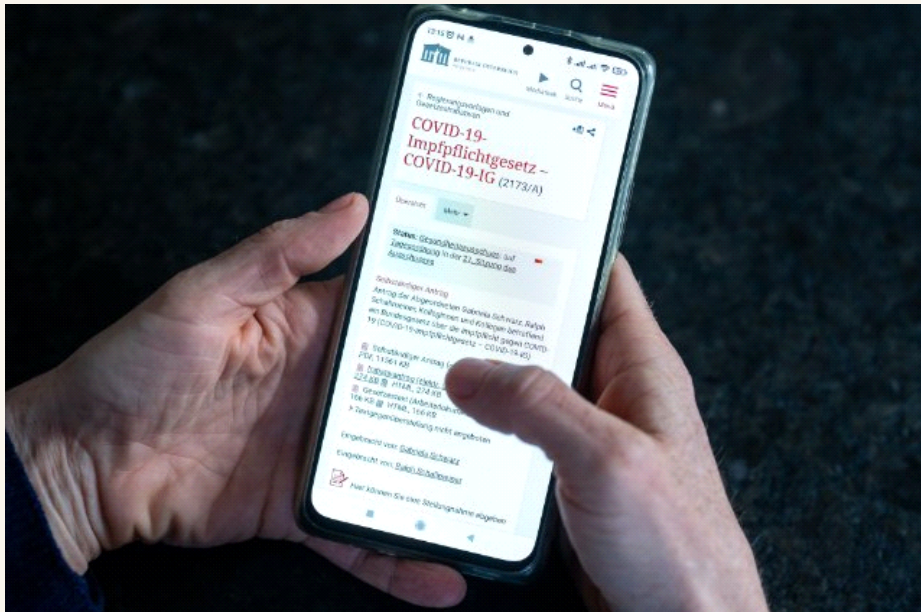
Wie hältst Du's mit der Impfpflicht?

Befürworter, Skeptiker und Gegner über die jüngste Maßnahme der Pandemiebekämpfung.

VON NINA HORACZEK, EVA KONZETT, JOSEF REDL & FLORIAN KAPPELSBERGER

Keine Maßnahme in der Pandemiebekämpfung ist umstrittener. Die einen sehen in der Impfpflicht einen zu drastischen Eingriff in die persönliche Freiheit, andere eine Ultima Ratio, ein beherztes staatliches Vorgehen. Dritte kritisieren, dass der sich aufbauenden Omikron-Wand ein gesetzlicher Schnellschuss auch nicht mehr entgegenstellen kann. Noch ein Argument: Die Impfpflicht stärke den sozialen Frieden, weil sie den Druck herausnimmt und den Staat zum Sündenbock macht. Gerade für prononcierte Impfgegner eine gesichtswahrende Lösung.

Das Gesetz, das mag kommen. Die Diskussion darüber wird aber weitergehen. Der FALTER hat 22 Personen aus verschiedenen Bereichen um ihre Meinung gebeten – vier von ihnen gibt es hier, den Rest im gedruckten Heft.



„Ungeimpfte sollen bezahlen“

STEPHAN SCHULMEISTER, ÖKONOM

Mit dem Impfpflichtgesetz und den damit verbundenen Geldstrafen treibt der Staat zahlreiche Impfverweigerer in die Arme der FPÖ. „Unbelehrbare“ können laut dem neuesten Gesetzesentwurf sogar mit maximal 14.400 Euro pro Jahr bestraft werden. Das wäre vermeidbar. Wieso lässt man Ungeimpfte nicht einen Prozentpunkt mehr zur Krankenversicherung zahlen, also 4,87 Prozent statt derzeit 3,87? Wer lediglich 1.500 Euro verdient, muss pro Monat um 15 Euro mehr zahlen, Bestverdiener höchstens um 56



Euro mehr. Damit würde ein ökonomischer Anreiz zum Impfen geschaffen, aber nicht als Strafe, sondern als finanzieller Ausgleich dafür, dass Ungeimpfte höhere Kosten im Gesundheitssystem verursachen. Statt enormer Verwaltungskosten brächte diese Strategie zusätzlich 330 Mill. Euro für das Gesundheitssystem.

Das einzig relevante Gegenargument: In der sozialen Krankenversicherung werden Beiträge grundsätzlich nicht nach dem Krankheitsrisiko differenziert. Aber: Wer durch Rauchen oder übermäßiges Essen höhere Kosten verursacht, steckt damit niemand anderen an.

„Eine Pandemie ist keine Privatsache“

CHRISTIANE DRUML, VORSITZENDE DER BIOETHIKKOMMISSION

Durch die Impfung werden schwerwiegende Krankheitsverläufe und Ansteckungen vermieden, der Nutzen für die Gesundheit der Bevölkerung ist groß. Alle Möglichkeiten für eine höhere Durchimpfungsrate sind jedoch ausgeschöpft.

Daher sieht die Bioethikkommission eine allgemeine gesetzliche Impfpflicht als „ultima ratio“ und als verhältnismäßige Maßnahme zur Bekämpfung und Überwindung der Pandemie. Die Impfpflicht betrifft jede und jeden Einzelnen gleichermaßen und trägt dazu bei, das Gesundheitssystem nachhaltig zu entlasten und wiederholt notwendige Einschränkungen in die Freiheit aller in Zukunft zu begrenzen.

„Es gäbe Alternativen“

MARTIN SPRENGER, PUBLIC HEALTH EXPERTE

Es gäbe Alternativen zur Impfpflicht. Dazu zähle ich alle Maßnahmen, die Spitäler entlasten, zum Beispiel eine neue Virusvariante, die im Vergleich zu Delta die Intensivbelastung um den Faktor fünf reduziert, attraktivere Rahmenbedingungen für die Pflege, der frühzeitige Einsatz von wirksamen Medikamenten außerhalb von Spitälern, ein engmaschiges Monitoring von in Quarantäne befindlichen Personen mit erhöhtem Risiko, die Vermeidung von Superspreader-Events, viel Bewegung im Freien und hohe Impfquoten mit neuen angepassten Impfstoffen in den Risikogruppen.

„Keine Pflicht für Kinder und Jugend“

INGRID ZECHMEISTER-KOSS, GESUNDHEITSÖKONOMIN

Ein zentrales Argument für die Impfpflicht ist die Gefahr einer Überlastung der Intensivstationen. Aus den vorhandenen Daten lässt sich nicht ableiten, dass mit Covid infizierte Kinder und Jugendliche zu dieser Überlastung beitragen. Dafür ist bei männlichen Jugendlichen das Risiko einer Herzmuskelentzündung nach einer Impfung höher als bei Erwachsenen. Auch ist eine Drittimpfung für diese Altersgruppe noch gar nicht zugelassen. Deshalb ist es richtig, dass Kinder und Jugendliche unter 18, anders als ursprünglich geplant, nun von der Impfpflicht ausgenommen sind. Für diese Altersgruppe braucht es nämlich eine individuelle informierte Entscheidung auf Basis einer guten, ausgewogenen Beratung statt einer Impfpflicht.